„Der Courier"
ist die führende Zeitung für die deutsch sprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Bezugspreis:
für Canada $2.50
für Ausland $3.50

Der Courier

Organ der deutschsprechenden Canadier

"The Courier"
is the leading Canadian Paper in the German language.
Issued every Wednesday.
Subscription price:
in Canada $2.50
to foreign countries .. $3.50
Offices and printing plant:
1835 Halifax Street, Regina

19. Jahrgang | 12 Seiten | Regina, Saskatchewan, Mittwoch, den 2. Juni 1926 | 12 Seiten | Nummer 30

Alberta-Wahlen am 28. Juni

Nominationen bis 18. Juni fällig

Bereits 111 Kandidaten für 60 Legislatursitze aufgestellt

Regierung behält alte Plattform bei.—Lebhafter Wahlkampf erwartet

Edmonton.—Allgemeine Provinzialwahlen in Alberta sind auf Montag, den 28. Juni, festgesetzt. Die Nominationen sind bis spätestens Freitag, den 18. Juni, vorzunehmen. Pakete mit Wahlmaterial werden sofort an entfernt liegende Wahllokale versandt. Die Wahlbeamten werden ihre Proklamationen in der ganzen Provinz erlassen und ihre Enumeratoren bestimmen, deren die Provinz etwa 3000 bedürfen wird. Eine vollständige Neuordnung der Wahllisten wird vorgenommen, wobei die alten Listen nur zum Behelf herbeigezogen werden. Nach dem Wahlgesetz sind die Listen bis zum Abend vor dem Nominationstag fertigzustellen und auszuhängen. Die Wahlzettel werden erst nach den Nominationen ausgesandt, abgesehen von weitentfernten Wahllokalen. 17 „Advance Polls" werden an folgenden Stellen eröffnet: Edmonton, Calgary, Lethbridge, Medicine Hat, Mirror, Hanna, Wainwright, Edson, Empreß, Vermilion, Red Deer, Betaskiwin, Coronation, Jasper, Camrose, Macleod und Hardisty. In diesen Wahllokalen wird allen, welche am Wahltage selbst nicht in ihrem Wahlkreis sein können, Gelegenheit geboten, ihre Stimme am Donnerstag, Freitag und Samstag vor dem Wahltag abzugeben. Die Revisionsbestimmungen werden dahin geändert, daß in den vier städtischen Wahlkreisen Edmonton, Calgary, Lethbridge und Medicine Hat nicht mehr die Enumeratoren zwei Tage lang ihre richterlichen Funktionen ausüben, sondern daß die leitenden Wahlbeamten der städtischen Wahllokale in ihren betreffenden Geschäftsstellen diese Revisionsarbeit verrichten. In allen anderen „Polls" werden die Enumeratoren wie gewöhnlich revidieren. Alle Revisionsgerichte tagen am vorausgehenden Freitag und Samstag. Nur am Freitag können noch Namen auf die Liste gesetzt oder von ihr entfernt werden.

Hon. Alex. Roß, der vorläufig den Wahlfeldzug im Namen von Premier Brownlee führt, erklärte, daß das Wahldatum so festgesetzt worden ist, wie es für den größten Teil der Bevölkerung am bequemsten ist. Die Farmer würden bis dahin mit ihrer Arbeit ziemlich fertig sein, weswegen auf eine starke Wahlbeteiligung gerechnet werden dürfe. 1921 sei es der 18. Juli und 1917 der 7. Juni gewesen. Da man schon allgemein mit einer Wahl gerechnet habe, seien bereits seit Monaten überall Vorbereitungen getroffen worden und es handle sich nur noch um die letzte Wahlarbeit. Zum ersten Male in der Geschichte der Provinz habe eine Regierung ihre volle, fünfjährige Amtszeit beendigt.

Am Donnerstag, den 27. Mai, waren für die 60 Legislatursitze 111 Kandidaten bereits ernannt, darunter 3 Unabhängige, ein Unabhängiger Liberaler in der Person von Mike Hogan für St. Albert, ein Anti-Bierparlor-Kandidat in der Person von S. A. G. Barnes für Edmonton, und ein unabhängiger U. F. A. Kandidat für Victoria.

Alle Minister des Brownlee-Kabinetts werden aktiven Anteil am kommenden Wahlfeldzug nehmen. Der Premier selbst wird sich am lebhaftesten betätigen. Er hat bisher nicht weniger als 100 Reden in Aussicht genommen, gewiß eine beträchtliche Leistung für 30 Tage. Die übrigen Minister werden dafür Sorge tragen, daß in allen Teilen der Provinz die politischen Anschauungen der Regierung zum Ausdruck gebracht werden.

Die Regierung hält, soweit ihre Plattform in Betracht kommt, noch an ihren Grundlinien von 1921 fest.

* * *

Wie bekannt, ist der „Courier" als Vertreter der deutschcanadischen Interessen nicht einseitig auf irgendwelche parteipolitischen Ideen eingeschworen, sondern sucht überall, und jederzeit dem geistigen und wirtschaftlichen Fortschritt, wie auch **dem Ansehen und Einfluß der Deutschsprechenden,** ohne Rücksicht auf politische Tagesmeinungen, zu dienen. Daher können wir auch in einem Wahlkampf wie dem jetzt in Alberta beginnenden uns mit besonderem Nachdruck dafür einsetzen, daß die Interessen unserer Freunde, namentlich auf kulturellem Gebiet, nicht nur gewahrt, sondern gefördert werden zum Besten der gegenwärtigen und zukünftigen Generation. Wir sind überzeugt, daß wir dabei auch ganz im Sinne unserer deutschcanadischen Freunde in Alberta sprechen und handeln, welche sich um die Entwicklung jener Provinz seit Jahrzehnten große Verdienste erworben haben **und folglich berechtigten Anspruch auf stärkere Berücksichtigung im öffentlichen Leben der Provinz haben.** Daher möge man beim künftigen Wahlkampf nicht einfach der Parteileidenschaft die Zügel schießen lassen, sondern sich allerorts darüber klar zu werden suchen: Wie können wir durch die Mitwirkung bei dieser oder jener Nomination, durch die Unterstützung dieses oder jenen Kandidaten und durch öffentliches Bekenntnis zu unseren Forderungen **dem Deutschcanadiertum der Provinz Alberta nützen und vorwärtshelfen?**

Ohne Zweifel ist in der Nachbarprovinz Saskatchewan seit Beendigung des unseligen Krieges schon manche Aenderung in der Gesinnung und Haltung der maßgebenden Stellen gegenüber den deutschsprechenden Bürgern dieses Landes zu verzeichnen. Es ist hier nicht der Platz, darüber ausführlicher zu berichten. Aber das unablässige Bemühen besonnener Männer und die aufklärende und aufrüttelnde Arbeit des „Courier" haben schon manche Breche in die Mauer gebäffiger und unbegründeter Vorurteile gelegt. **Was in Saskatchewan möglich ist, sollte auch das Deutschtum in Alberta durch Klarheit und Einigkeit in seinen berechtigten Forderungen zustande bringen.**

Wir müssen uns stets vor Augen führen, daß wir als Bürger dieses Landes nicht nur dazu gut genug sind, um die canadischen Gesetze treu zu erfüllen und unsere Steuern gewissenhaft zu bezahlen, sondern **daß wir auch Rechtsansprüche erheben dürfen, die besonders in Wahlzeiten mit allem Nachdruck der weiteren Oeffentlichkeit und namentlich den Kandidaten unterbreitet werden müssen.**

Wenn unsere Freunde in Alberta in diesem Geiste in den Wahlkampf eintreten, dann werden sie gewiß manchen schönen Anfangserfolg erzielen, der mit den Jahren weiter ausgebaut werden kann. **Dann werden** sie aber auch den Deutschcanadiern in Saskatchewan und im übrigen Canada zeigen, **was vereinte Anstrengungen für eine große Sache erreichen können.**

* * *

Neuer Attorney General.

John Farquhar Lymburn von Edmonton ist nach einer Ankündigung der Regierung darum ersucht worden, das Amt des Attorney General für die Provinz Alberta zu übernehmen. Er hat diese Einladung angenommen. Premier Brownlee, der bisher zugleich das Amt des Attorney General verwalt, befand sich im Augenblick der Ernennung im südlichen Teile der Provinz. Infolge seiner Abwesenheit von der Provinzial-Hauptstadt liegt keine weitere Mitteilung vor, ob noch weitere Kabinettsänderungen in Aussicht genommen sind. Mit Lymburn, der vermutlich aktiven Anteil an den kommenden Provinzialwahlen nehmen wird, wird sich die Zahl der Minister auf sieben erhöhen.

Lymburn ist ein geborener Schottländer, 1880 geboren, und hat in Glasgow seine Berufstätigkeit als Rechtsanwalt begonnen. 1911 kam er nach Canada und ist seitdem in Edmonton als Advokat tätig. Bisher betätigte er sich mehr auf liberaler Seite. Man vermutet, daß er sich im einen Legislatursitz in Edmonton selbst bewirbt.

* * *

Zur Entwicklung der Industrien von Alberta.

R. J. Dinning, der Vorsitzende des „Liquor Control Board" von Alberta, der zugleich ein Mitglied des beratenden Ausschusses des „Lethbridge Northern Irrigation Districts" und des „Farm Loans Credit Committee" ist, wurde von Premier Brownlee dazu ernannt, die industriellen Entwicklungsmöglichkeiten von Alberta zu untersuchen, neue Märkte für die Alberta-Kohle zu erschließen, die Aussichten der Salzindustrie im Fort McMurray-Distrikt sowie die Herstellung von Zeitungspapier aus Stroh und die Verwendung der Tonlager in verschiedenen Teilen der Provinz zu erforschen.

Nach Ansicht von Dinning ist es nicht die Absicht des Premiers, daß die ihm übertragene Arbeit ihn in seinen bisherigen Aufgaben hindert. Er hat bereits verschiedene Besprechungen mit interessierten Kreisen gehabt und eine Reise nach Fort McMurray unternommen. Er glaubt, daß die Salzindustrie des Nordens hauptsächlich eine Frage der Transportentwicklung ist, weswegen zunächst die Frage zu entscheiden sei, ob eine Verlängerung des Schienenstranges von Waterways aus gerechtfertigt ist. Bei Entwicklung der Kohlenindustrie ist es nach Auffassung von Dinning die Hauptsache, die Märkte von Ontario mit Alberta-Kohlen zu versorgen.

Minister Dunning über die nationalen Eisenbahnen

Bedeutende Besserung der Finanzlage

Heuer nur $31,000,000 gegenüber 50 Millionen im letzten Jahre vom Parlament gefordert.

Ottawa. — Hon. Charles A. Dunning, der neue canadische Eisenbahnminister, unterbreitete dem Unterhaus den Jahresvoranschlag für die C. N. R. und hielt gleichzeitig seine erste größere Rede vor dem canadischen Parlament.

Nach seinen Darlegungen ist es unter Voraussetzung einer guten Ernte und bei Vermeidung aller Verluste durch Arbeiterausstände möglich, daß die canadischen nationalen Eisenbahnen aus eigener Kraft ihre Zinslast heuer aufbringen können. Das stelle eine bemerkenswerte und begrüßenswerte Leistung dar. Er wünsche, daß auch das Haus sein Vertrauen in die Zukunft teile. Bei ihm sei nicht nur der Wunsch der Vater des Gedankens. Er habe die Betriebsergebnisse der ersten vier Monate des laufenden Jahres zusammengestellt. Die Einnahmen beliefen sich auf $9,689,217 **gegenüber $3,774,782** in der gleichen Periode des Vorjahres, mithin eine Zunahme von $5,914,435. Auf diese Tatsache stütze er seinen Optimismus. Die Eisenbahnen seien zugleich ausgezeichnete Barometer für das Geschäftsleben eines Landes; denn sie zeigten genau den jeweiligen Stand des Handels und Verkehrs an.

Die Betriebsergebnisse des letzten Jahres, so führte der Minister weiter aus, haben die Vorjahre so weit übertroffen, daß ich es als meine erste Pflicht betrachte, dem Präsidenten und allen verantwortlichen Beamten der nationalen Bahnen zu danken und sie zu beglückwünschen. Es ist eine Tat, das Geschäft zu entwickeln und dafür doch weniger Auslagen aufgewendet zu haben. Von den 15 Millionen vermehrter Nettoeinnahmen sind zweidrittel der guten Ernte und der Besserung der Handelslage und eindrittel den verringerten Betriebsausgaben zuzuschreiben. Dabei ist keine Verschlechterung des Betriebes und keine ungerechte Behandlung der Angestellten zu bemerken.

Sechs Jahre sind es nun her, seitdem die Regierung für die Finanzierung der Grand Trunk verantwortlich wurde, und nun lasse sich der Erfolg der Staatswirtschaft im Eisenbahnbetrieb einigermaßen beurteilen. 1920 war das Betriebsdefizit noch $34,000,000, während 1925 ein Betriebsüberschuß von $32,000,000 vorhanden war.

Eine sehr aufsehenerregende Tatsache der Eisenbahnlage ist der Umstand, daß die jährliche Zunahme der Betriebseinkünfte der letzten Jahre stark die jährliche Erhöhung der festgesetzten Abgaben überschritten hat. Vor einem Jahr wurden vom Parlament $50,000,000 verlangt, um die gemachten Ausgaben und die Verschuldung zu decken. Heute sind nur $31,000,000 aufzubringen, die für das Jahr 1926/27 gelten. Von den 50 Millionen des letzten Jahres waren lediglich 10 Millionen für Betriebsausgaben erforderlich.

Canada und internationale Konferenzen

Keine Beteiligung der Dominion an den Vorarbeiten für die Abrüstungskonferenz

Eine unbekannte internationale Handelstagung.

Ottawa. — Der Arbeiteraugeordnete Woodsworth von Winnipeg North Centre richtete im canadischen Unterhaus die Frage an den Premierminister, ob Canada eingeladen worden sei, einen Vertreter zur Abrüstungskonferenz in Genf zu entsenden, ob Canada hinsichtlich seiner politischen Auffassung befragt und ob der britische Vertreter instruiert worden sei, für Canada zu sprechen.

Darauf erwiderte Premier Mackenzie King, daß die Abrüstungskonferenz noch nicht abgehalten worden sei. Im September 1925 habe die Versammlung des Völkerbundes den Völkerbundsrat darum ersucht, zwecks Abhaltung einer Konferenz zur Rüstungsbeschränkung Vorstudien anzustellen. Im Dezember habe der Völkerbundsrat eine vorbereitende Kommission ernannt, die sich aus Vertretern der zehn Ratsmitglieder des Völkerbunds zusammensetzt. In Anbetracht ihrer geographischen Lage seien hieran besonders interessiert Polen, Jugoslavien, Rumänien, Finland, Holland und Bulgarien. Ferner seien Einladungen an drei Nichtmitglieder des Völkerbundes, die Ver. Staaten, Deutschland und Rußland, ergangen und von den beiden ersteren angenommen worden. Die gegenwärtig in Genf stattfindende Versammlung sei einfach eine Zusammenkunft dieser vorbereitenden Kommission, in welcher Canada und die große Mehrzahl der anderen Völkerbundsmitglieder nicht direkt vertreten seien. Der Vertreter der britischen Regierung habe nicht den Auftrag erhalten, für Canada zu sprechen. Wenn im Jahre 1927 eine Abrüstungskonferenz, wie bisher angenommen werde, stattfinde, so werde Canada zweifellos vertreten sein und Gelegenheit erhalten, seine Ansichten vorzubringen.

Der konservative Führer, Arthur Meighen, meinte nach diesen Bemerkungen des Premierministers, vielleicht könne Mackenzie King dem Parlament sagen, was Canada eigentlich abzurüsten habe. Es wurde ihm jedoch keine Antwort zuteil.

* * *

Der Premier hatte eine weitere Anfrage von Arthur Meighen zu beantworten, der die Aufmerksamkeit des Hauses auf eine Londoner Meldung richtete, die in einer französisch-canadischen Zeitung erschienen war. In dieser Meldung hieß es, die Canadier in London seien erstaunt darüber, daß Canada allein unter allen Dominions und fast allein unter allen Ländern der Welt nicht auf der parlamentarischen Internationalen Handelskonferenz vertreten sei. Alle großen Nationen hätten dort ihre Delegaten und sogar Länder, wie Afghanistan, Portugal, Luxemburg, Honduras und San Salvador hätten ihre parlamentarische oder diplomatische Vertretung. Australien, Neuseeland und Indien hätten je drei Delegaten entsandt, während von Canada kein einziger anwesend sei.

Premier King war von dieser Mitteilung sehr überrascht und bemerkte, es sei das erste Mal, daß er von einer solchen internationalen Konferenz überhaupt höre. Die Regierung habe keine Einladung erhalten und er glaube nicht, daß es sich dabei um eine offizielle Konferenz handle, doch wolle er der Frage auf den Grund gehen. Im übrigen seien in London sehr viele hervorragende Persönlichkeiten vorhanden, die Canada in solchen Fällen vertreten könnten. Insbesondere sei der gegenwärtige canadische Oberkommissär in erster Linie qualifiziert, unser Land auf jeder internationalen Handelskonferenz zu vertreten. Wenn dieser eingeladen worden wäre, hätte er gewiß daran teilgenommen. Der Premier meinte, die Konferenz trage keinen offiziellen Charakter und ihre Teilnehmer seien wahrscheinlich nur Vertreter von Handelskammern und ähnlichen Körperschaften.

Abd el Krims Unterwerfung

Zusammenbruch des Widerstandes der Rifiolen

Franzosen nehmen Krim in Empfang.

Madrid, 29. Mai. — Abd-el-Krim, der Heerführer der Rifiolen, hat sich den Franzosen unterworfen.

Krim hatte, ehe er seine Unterwerfung ankündigte, alle französischen, spanischen und einheimischen Kriegsgefangenen freigegeben.

Der gefürchtete und gehaßte Rifiotenführer wurde auf seinem Gange zur Unterwerfung, begleitet von zwei Offizieren und sechs Mann, nach Ize Maronene, nördlich von Tarquist, gebracht und den kommandierenden Offizieren der Marokko-Division, General Ibos und Oberst Corap, vorgestellt, die zur Entgegennahme seiner Unterwerfungserklärung abkommandiert waren. Kaltblütig, die Umgebung mit scharfem Auge besichtigend, trat Krim in die Unterhandlungen über die Vorbedingungen der Unterwerfung ein. Es wurde entschieden, daß er unter militärischer Begleitung der Heeresstraße entlang nach Taza sich begeben soll, wo die weiteren Unterhandlungen vor General Steeg geführt werden.

Erkennend, daß seine Sache verloren und die immer feindlicher werdende Stimmung seiner Landsleute fühlend, sandte Krim einen von Dr. Perant von französischen Sanitätskommission am 25. Mai verfaßten Brief durch Oberst Corap an General Steeg. In dem Briefe erklärte Krim, daß er sich den Franzosen unterwerfe und ihnen die Entscheidung über sein Schicksal überlasse. Er bat aber um Gnade für sich und seine Familie und Schutz für seine Habe. Die Antwort war, daß zuerst alle von Krim gehaltenen Kriegsgefangenen freigegeben werden müssen. Dies geschah. Dann wurde Krim gestattet, nach den französischen Linien zu kommen und eine Eskorte wurde sofort ausgesandt, um ihm sicheres Geleit nach und durch die französischen Linien zu bieten.

In französischen Kreisen wurde erklärt, daß auf die Nachricht der Unterwerfung Krims hin die Beni Itef und Beni Bodepa-Stämme, sowie ein Teil des Seuhadja-Stammes an der Taza-Front, und die Jaria-Stämme gegenüber dem Zentrum der französischen Kampflinie ihre Unterwerfung anboten.

Weniger Arbeitslose in Deutschland

Berlin, 29. Mai. — In der zweiten Hälfte des Monats April hat die Erwerbslosenzahl einen sehr starken Rückgang erfahren. Die Zahl der männlichen Hauptunterstützungs-Empfänger ist von 1,559,000 auf 1,467,000, die der weiblichen von 323,000 auf 317,000, die Gesamtziffer von 1,882,000 auf 1,784,000, also um 5,2 Prozent zurückgegangen. Die Zahl der Zuschlagsempfänger (unterhaltsberechtigte Angehörige von Hauptunterstützungs-Empfängern) hat sich von 1,975,000 auf 1,821,000 vermindert.

Kleine Entente an den Pranger gestellt

Ungarn übt scharfe Kritik am Rüsten seiner Nachbarn

Protest der Kleinen Entente wird von England und Frankreich unterstützt.

Genf, 29. Mai. — In einer der Abrüstungs-Studienkommission von Ungarn unterbreiteten Denkschrift wird behauptet, daß die meisten europäischen Länder ihre Rüstungen fieberhaft verstärkten, ein Vorgehen, das die Keime neuer Kriege in sich berge. Bitter beklagt sich die Denkschrift auch darüber, daß Ungarn, obwohl selbst tatsächlich entwaffnet, von einer Gruppe unter sich verbündeter Länder umschlossen sei, die über unermeßlich stärkere militärische Streitkräfte verfügten.

Mit dieser Erklärung hat sich Ungarn an die Seite Deutschlands gestellt, das durch den Grafen von Bernstorff bereits dagegen protestiert hat, daß Deutschland entwaffnet wurde, während seinen Nachbarn mächtige militärische Streitkräfte gestattet seien.

Das ungarische Memorandum erweckte hauptsächlich durch seine Hinweise auf die „Kleine Entente" Aufsehen. Es erklärte, daß, solange egoistische Absichten gewisser Länder die baldige Herabsetzung der Rüstungen zurückhalten, die Kommission ebensogut den Abrüstungsplan fallen lassen könne, um nach einer anderen Grundlage für die Aufrechterhaltung des Friedens umzuschauen, statt abzuwarten, bis der Abrüstungsplan in einem völligen Fiasko endet.

Die Denkschrift fordert ferner die Aufhebung von Bestimmungen des Friedensvertrages von Trianon durch welche die ungarische Armee auf 35,000 Mann beschränkt wird, eine Zahl, die nach ungarischer Auffassung nicht ausreicht, das Land zu beschützen. Schwer bewaffnete Nachbarländer sollten gezwungen werden, ihre militärischen Kräfte auf ein geringeres Maß einzuschränken, damit kein so großer Machtunterschied zwischen den Siegern und den Besiegten herrsche.

Ungarn besteht darauf, daß die Abrüstung eine allgemeine sein müsse, sollte sie wirksam sein, und fügte die Warnung bei, daß, sollte keine Herabsetzung der Rüstungen herbeigeführt werden, Europa und dem Völkerbunde große Gefahren drohten. „Sollte diese Abrüstung die Hoffnung der Volksmassen der ganzen Welt nicht durchführen, dann wird das ganze gebrechliche Gebilde, das durch die in Paris abgeschlossenen Friedensverträge geschaffen wurde, in sich selbst zusammenbrechen und auf den Boden stürzen," erklärte die Denkschrift.

Vertreter der Kleinen Entente erhoben sofort Protest gegen den Wortlaut der ungarischen Dokumentes. Sie erklärten, die Denkschrift sei in Wirklichkeit ein Gesuch um eine Revision des Friedens von Trianon, der, nach ihrer Auffassung, keinen Platz in den Verhandlungen der Abrüstungskommission habe. Der Vertreter Serbiens beteuerte, daß die serbische Armee in irgend einer Weise eine Gefahr für Ungarn darstelle; sie sei lediglich eine Verteidigungsmacht. Des Weiteren habe, sagte er, Serbien einen Vertrag friedlichen Charakters mit Ungarn abgeschlossen.

England und Frankreich pflichteten den Auffassungen der Vertreter der „Kleinen Entente" bei. Sie erklärten, daß keine Rede von einer Modifizierung von Verträgen sein könne, und in diesem Sinne wurde die ungarische Denkschrift einem Unterausschuß zur Prüfung der technischen Vorschläge unterbreitet.

Nach Gutheißung eines Berichtes des Formulierungsausschusses vertagte sich die Kommission, ohne einen bestimmten Tag zum Wiederzusammentritt anzusetzen. Die verschiedenen Unterausschüsse werden sich jetzt dem Studium der vielen Probleme widmen, über welche ihr Rat nachgesucht wurde. Die Kommission wird erst nach Beendigung der Arbeit der Unterausschüsse, die mehrere Monate in Anspruch nehmen dürfte, wieder zusammentreten.

Luftverbindung Berlin-Paris

Le Bourget, Frankreich, 29. Mai. — Flugzeugverbindung zwischen Paris und Berlin ist zum ersten Male seit dem Krieg aufgenommen worden, als zwei französische Handelsflugzeuge den hiesigen Flughafen zu einem Flug nach Berlin verließen. Zu fast derselben Zeit trat in Berlin ein deutsches Flugzeug seinen Flug nach Paris an.

Es sind dies die ersten Flugzeuge, die seit der kürzlichen Unterzeichnung des französisch-deutschen Luftübereinkommens über die einst feindlichen Länder hinweg von Hauptstadt zu Hauptstadt fliegen. Die Flugzeuge werden auf den Flügen nach beiden Richtungen eine Landung in Köln vornehmen.

Ausländische Schiffahrtskonkurrenz in Canada

Ottawa. — Die Dominion Marine Association hat bei der Regierung Protest erhoben, daß 130 der von Henry Ford von dem U. S. Shipping Board gekauften Schiffe durch canadische Kanäle fahren sollten. Sie behaupten, daß dies den Kanälen großen Schaden zufüge und daß ferner die Schleusen zu sehr in Anspruch genommen würden. Auch gegen den gesamten Fremdenverkehr auf dem Gebiete des Frachtverkehrs soll vorgegangen werden, weil die canadische Schiffahrt unter dieser Konkurrenz leiden soll. Deutsche und skandinavische Schiffe führen über 50 Frachtladungen während des letzten Sommers auf den Großen Seen befördert haben und man glaubt, daß dieses Jahr bis 75 ausländische Fahrzeuge auf canadischen Zonen verkehren werden. Um der einheimischen Schiffahrt zu schützen, verlangt man einen Schutzzoll oder eine Besteuerung für die Ausländer.

Litauer besetzen polnisches Gebiet

Berlin, 29. Mai. — Polen trifft Maßnahmen, um sein Gebiet gegen einen Einfall durch litauische Truppen zu schützen. Vor zwei Wochen besetzten Litauer einen kleinen Streifen an der Grenze und besetzen ihn bisher.

Räuber in einer Bank von Winnipeg

Winnipeg, Man., 29. Mai. — Bei einem Raubüberfall auf den Logan Ave.-Zweig der Royal Bank of Canada kam keine Person ums Leben, zwei sind verletzt. Der 19jährige Bankangestellte Harry Smith und der Eigentümer eines Wirtshauses sind verwundet. Der Räuber, der sich Sunny Miller nennt, wurde in einem Wirtshaus nahe der Bank eingefangen.

Der maskierte Räuber fuhr in einer Autodroschke nach der Bank. Er betrat das Gebäude, zog einen Revolver und befahl den Anwesenden, die Hände emporzuheben. Harry Smith befand sich im Hintergrund des kleinen Raumes. Als der Räuber dem Befehl des Banditen nicht gehorchte, wurde dieser wird Gardner sofort tot zu Boden. Der Bandit floh mit $2000 in dem Auto, das gewartet hatte.

Französisch-jugoslavisches Bündnis?

Paris, 29. Mai. — Der jugoslavische Außenminister Ninčitch und der französische Premier hatten eine längere Konferenz. Man nimmt an, daß sie die Grundlage, auf der ein vorgeschlagener Bündnisvertrag zwischen Frankreich und Jugoslavien aufgebaut werden soll, erörterte.

Der neue Courier-Roman

Nach dem spannenden und zugleich sehr gedankentiefen Roman „Der heilige Berg", der nach Aussage vieler werten Leser und Leserinnen sehr gut gefallen hat, beginnt in dieser Ausgabe

„Der Tanz der Dämonen"

Roman von M. Weber.

Eine etwas verwickelte Liebes- und Verlobungsgeschichte liegt dieser fesselnden Erzählung zu Grunde, in deren Mittelpunkt Hans Hoff, ein junger Rechtsanwalt, steht, der von zwei Mädchen, einer reichen Kommerzienratstochter und einer jungen verarmten Dame, geliebt wird und diese Liebe erwidert.

Der Roman, dessen erster Teil diesmal auf Seite 6 zu finden ist, wird gewiß dazu beitragen, die Wertschätzung unseres Blattes überall zu fördern und neue Freunde ihm zuzuführen.